



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No 12
9. Jahrgang

9. Juni 1941

Es gibt kein Recht unterm Hakenkreuz

(ITF) Tag aus Tag ein werfen Nazi-Richter Menschen ins Gefängnis, die einem Kriegsgefangenen ein Stück Brot gaben, die zu einem politischen Gefangenen oder einem Juden freundlich waren, die sich den Anordnungen eines der zahllosen Parteibonzen nicht fügen wollten oder die die Rundfunksendungen der freien Stationen London, Boston oder Europäische Revolution hören. Längst ist im deutschen Volk das Gefühl verschwunden, dass ein Richter eigentlich Recht zu sprechen hat. Richter werden heute in Deutschland als Agenten der Polizei betrachtet. Nicht etwa nur in den über das Land verstreuten kleinen Zirkeln der Opposition, nein, die Kritik wird so offen vorgebracht, dass der Leiter der Nazi-Juristen-Organisation sich in seiner Zeitschrift "Deutsches Recht" über "die ständige Verunglimpfung des juristischen Standes" beklagt und feststellt, dass es "eine Übung geworden sei, vereinzelte Fehlurteile zum Anlass einer Kritik am Richtertum zu nehmen, die auf die Dauer in einer rechtsbewussten völkischen Gemeinschaft nur schädlich sein könne".

Die dem Nazi-System gefälligen Richter werden seit langem verachtet. "In der klaren Erkenntnis, dass das Gerechtigkeitsempfinden des deutschen Volkes auch die Beseitigung von fehlerhaften und zugleich ungerichteten Urteilen verlangt", hatte Hitlers Justizminister unter dem Druck der Volksstimmung bei Kriegsbeginn zugestehen müssen, dass gegen Urteile der Sondergerichte, gegen die nach Nazirecht keine Berufung möglich ist, Berufung eingelegt werden kann. Beschwerden müssen aber dem Oberreichsanwalt, dem höchsten deutschen Staatsanwalt, zugeleitet werden, der darüber entscheidet, ob dem Einspruch nachgegeben werden soll oder nicht. Nur Wenige haben daher den Mut zur Erhebung einer "Nichtigkeitsbeschwerde". Im ersten Jahr sind nur rund 500 Nichtigkeitsbeschwerden erhoben worden, in 440 Fällen wurde von den Behörden schärfere Strafe verlangt, nur in 60 Fällen wurde Milderung der Strafe beantragt. Der Oberreichsanwalt berichtet, dass ein 17jähriges Mädchen, das von einem Sondergericht zu 10 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurden war, nach Prüfung im Wiederaufnahmeverfahren nur zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt werden konnte. Er betrachtet diesen Fall als typisches Beispiel der Nazijustiz!

(Für die Red.: "Deutsches Recht" nach Deutsches Nachrichtenbüro 15.V. "Deutsche Justiz" nach "Hamburger Fremdenblatt" 20.V.41.)

Hungerpeitsche gegen Kinder!

(ITF) Um einem Geburtenrückgang im Kriege vorzubeugen, wird in Deutschland seit 1. Januar 1941 für das 3. und jedes weitere Kind deutscher Familien eine Kinderbeihilfe gezahlt. Aber in üblicher Nazi-Rohheit ordnete Hitlers Reichsfinanzminister an, dass Kindern, "die mit einem schweren Erbkranken behaftet sind oder deren Erzeuger oder Mutter an einer Erbkrankheit leiden", kranken Kindern also, die die kleine Hilfe besonders gebrauchen, keine Beihilfe gezahlt werden soll. Er geht darüber hinaus und erklärt, dass für gesunde "Kinder, die sich den Anforderungen der Partei und ihrer Gliederungen entziehen", keine Beihilfe bezahlt werden darf. Der Kreisleiter der Nazipartei soll, wenn ein Kind nicht zum Hitlerjugend-Dienst geht, verlangen, dass für "dieses Kind für bestimmte oder unbestimmte Zeit" keine Beihilfe ausbezahlt wird. Für andere Kinder der Familie, die dem Nazi-Befehl gehorchen, wird die Beihilfe gezahlt, nur dem kleinen "Staatsfeind" nicht. Er soll hungern, wenn er sich dem Zwang nicht fügen will! Aber selbst für Kinder, die zum Hitlerjugend-Dienst antreten, soll keine Beihilfe gezahlt werden,



wenn der Vater "nicht gewillt oder geeignet ist, dem Reich und Volk in Treue zu dienen"!

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 15.V.41.)

Hungerpeitschen
gegen Tschechen

(ITF) Alle tschechischen Arbeiter und Angestellten müssen jetzt auf Befehl des deutschen Reichsprotectors entlassen werden, wenn sie sich "reichsfeindlich" betätigten, eine "reichsfeindliche" Betätigung

Anderer geduldet haben, ja sogar wenn sie überhaupt nichts taten und dadurch das deutsche Reich gefährdeten. Das Verordnungsblatt des Reichsprotectors teilt mit, dass der Reichsprotector die Auflösung privatrechtlicher Dienstverhältnisse aller Art durch einfache schriftliche Mitteilung an den Arbeitgeber aussprechen könne. Diese Auflösung hat "die Wirkung einer vom Arbeitnehmer verschuldeten Entlassung", das heisst, der Entlassene hat kein Recht auf Kündigungsentschädigung. Vertragliche Ansprüche kann der deutsche "Protector" ganz oder teilweise aufheben. "Protector" heisst bekanntlich "Beschützer"...

"Als reichsfeindliche Betätigung wird jede Handlung, Duldung oder Unterlassung angesehen, die sich gegen den inneren oder äusseren Bestand und die Sicherheit des Grossdeutschen Reiches richtet".

Wenn ein tschechischer Unternehmer von den deutschen Behörden in "Schutzhaft" genommen Arbeitern oder Angestellten ihre Bezüge weiterzahlt, kann der Reichsprotector verlangen, dass der Unternehmer die Bezüge des Verhafteten nicht der Familie des Verhafteten zahlen darf, sondern einem von den deutschen Behörden zu bestimmenden Fonds überweisen muss, und zwar bis zur Entlassung des Verhafteten oder bis zu seiner endgültigen Verurteilung.

So sollen tschechische Arbeiter zu Anhängern der neuen Nazi-Ordnung erzogen werden.

(Für die Red.: Verordnungsblatt des Reichsprotectors vom 13.V.41.)

Illegale Sender
gegen Hitler

(ITF) Alle deutschen Zeitungen veröffentlichten die folgende Drohung: "Achtung, Schwarzsender! Die Erfahrungen des Krieges veranlassen das Oberkommando der Wehrmacht zu folgender Warnung:

Schon im Frieden ist das Schwarzsenden vermittels einer Funkanlage grundsätzlich mit Zuchthausstrafe bedroht.

Im Kriege stört jedes Schwarzsenden die für die Landesverteidigung unerlässlichen Massnahmen der Wehrmacht und leistet damit dem Feind Vorschub. Wer im Kriege schwarzsendet, stellt sich daher ausserhalb der Volksgemeinschaft und hat damit zu rechnen, als Landesverräter mit Zuchthaus und Todesstrafe bestraft zu werden.

Dies gilt ohne Ansehen der Person und des Alters besonders für schwarzsendende Funkamateure, selbst wenn sie glauben, nur belanglose Texte zu senden.

Darum: Achtung, Schwarzsender!
Schwarzsenden ist Landesverrat!"

Illegale Stationen, die deutsche, französische, italienische, norwegische, polnische und tschechische Freiheitsprogramme senden, sind nach wie vor allabendlich zu hören. Ein Teil der deutschen Sender versucht den ganzen Abend, die freiheitlichen Sender zu stören.

(Für die Red.: Deutsche Presse, 23.- 25.V.41.)

In Deutschland und Italien: Volle Rationen nur für Leute mit Geld.

In Italien können Zahllose die ihnen zugeteilten Lebensmittelrationen nicht kaufen, weil sie die Wucherpreise, die die Händler fordern, nicht bezahlen können. In Deutschland sind die Preise so hoch, dass die Hälfte aller deutschen Familien nicht in der Lage ist, die Rationen zu kaufen.

Kein Geld für die Rationen

(ITF) Die Deutsche Arbeitsfront stellt in ihren vertraulichen "Beiträgen zur Statistik der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters" fest, dass etwa die Hälfte aller deutschen Familien nicht in der Lage ist, die ihnen zugesprochene Lebensmittelmenge zu kaufen.

Trotzdem bei der Ueberstundenschufterei für Hitlers Kriegsmaschine 80 und oft noch mehr Stunden in der Woche gearbeitet werden muss, reicht der Verdienst nicht einmal für die Lebensmittelrationen!

Die Arbeitsfront warnt die Nazi-Diktatur vor den Folgen: "jeder Volksgenosse ist der im Grunde durchaus berechtigten Auffassung, dass die ihm durch das Verteilungssystem zugesprochene Ration die Verpflegungsmenge ist, die der Staat für seine Ernährung angemessen hält... Wenn die allgemein zugebilligte Durchschnittsration für einen grösseren Teil der Bevölkerung höher ist als die Menge, die ihrer verfügbaren Kaufkraft entspricht,

werden sich daraus sehr bald psychologische und soziale Reibungen ergeben, die wahrscheinlicherweise grösser sind als die Schwierigkeiten, die sich bei den Einkommensbezieheren herausstellen könne, die infolge der Rationierung ihren Verbrauch mehr oder weniger stark zurückschrauben müssen"!

(Für die Red.: Die "Beiträge zur Statistik der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters" erschienen Ende 1940.)

Italien: Selbst Rationen nur für Leute mit Geld

(ITF) Löhne und Preise sollen in Italien nicht steigen. Die Löhne werden tatsächlich niedrig gehalten, aber die Preise steigen. In Rom "ist es schwierig, auf Lebensmittelkarten Fett zu bekommen, sei es Butter oder Oel, aber man kann alles bekommen, was man braucht, wenn man nur bereit ist, Preise zu zahlen, die über den gesetzlich festgestellten liegen... Jede Hausfrau weiss das", schreibt die Monatschrift "Vita Italiana". "Kaffee, Fleisch, Zucker, Kohle usw. kann man haben. Man muss nur bereit sein, Extrapreise zu zahlen. Die Waren verschwinden nur, wenn man mit der Lebensmittelkarte kommt. Wer das bestreitet, lügt".

Das Blatt gibt einige Preise an. Von Juni bis Dezember 1940 stieg der Preis eines kg Butter von 16 auf 22 Lire, von Käse von 11,10 auf 15,30, von Kartoffeln von 0,40 auf 1,10, von Tomatenpaste von 3,50 auf 4,50 und der Preis des Suppenfleisches von 9,90 auf 12,10 Lire.

Zwischen Dezember 1940 und heute stiegen alle Preise beträchtlich. Aber die Behörden lehnen Forderungen nach Teuerungszulagen mit der Begründung ab, dass die Höchstpreise nicht gestiegen seien.

"Für alle Waren gibt es Höchstpreise, Amen", überschreibt das faschistische Blatt seinen Bericht in ironischer Kritik der selbstzufriedenen faschistischen Bürokratie.

(Für die Red.: "Vita Italiana", Rom, April 1941.)

Nachtklub-"Sozialismus"

(ITF) Der norwegische Nazi Hjort schilderte in einer Amerikasendung des Deutschlandsenders seine Eindrücke von der Hauptstadt des national"sozialistischen" Reiches im 21. Kriegsmonat. Niemals zuvor habe er die Nachtklubs so überfüllt und so ausgelassen gesehen.

(Für die Red.: Sendung vom 25.V.41.)

2 Scheiben Brot

(ITF) In einer Fabrik in der westdeutschen Grosstadt Frankfurt a/M gab eine Arbeiterin einem französischen Kriegsgefangenen, der im gleichen Werk arbeitete, 2 Scheiben Brot. Nazi-Richter bestrafte die Menschlichkeit mit 6 Wochen Gefängnis, (berichtet die deutsche Presse am 19. Mai).

Das Elend in Frankreich

Hungerlöhne in Frankreich

(ITF) Seit 1939 durften die Löhne in Frankreich nicht erhöht werden. Teuerungszulagen wurden verboten. Die Unternehmer haben sich an dieses Verbot auch noch gehalten, als nach der Kapitulation und der Besetzung der wichtigsten Provinzen die Preise sprunghaft stiegen. Ja, viele Unternehmer haben die Schwächung der Gewerkschaften durch die Massnahmen der Vichy-Regierung ausgenutzt und die Hungerlöhne noch gesenkt. Das Ausmass dieser Lohnsenkungen lässt sich nur schätzen. Aber welches Elend das Verbot der Zahlung von Teuerungszulagen Hunderttausenden französischen Arbeiterfamilien brachte, zeigt die Denkschrift, die der Arbeitsausschuss der freien und katholischen Metallarbeitergewerkschaften von Toulouse den Behörden überreichte. Diese Denkschrift ist ein Dokument der furchtbaren Not, in die die Kapitulation vor dem Hakenkreuz die Arbeiter Frankreichs stürzte.

Die Toulouser Gewerkschafter berechneten, welche Summe eine 4köpfige Familie braucht, um wenigstens notdürftig leben zu können. Sie haben berechnet, was eine Familie mit 2 Kindern von 8 und 4 Jahren für die kleinen Mengen rationierter Lebensmittel ausgeben muss, was sie für etwas Gemüse und andere nicht rationierte Lebensmittel anwenden kann; sie haben die Mindestausgaben für Miete, Steuern, Beleuchtung und Heizung und für die notdürftigste Kleidungsergänzung zusammengestellt und sie kamen dann zu dem Ergebnis, dass, sogar bei Zugrundelegung der amtlichen Höchstpreise, "ein grosser Teil der Metallarbeiter von Toulouse sich so sehr einschränken muss, dass ihre Gesundheit untergraben und die öffentliche Gesundheit, die Zukunft des Volkes und die Produktion gefährdet wird.

Der grösste Teil der vollbeschäftigten Arbeiter und ein grosser Teil der Angestellten der Toulouser Metallindustrie verdienen nicht einmal so viel, dass ihnen nach Zahlen der Miete, der Licht-, Kochgas- und Kohlenrechnung genug bleibt, um die nötigsten Lebensmittel zu kaufen. Von Kleidungsergän-

zung und "Luxusartikeln" wie Zigaretten und Zeitung ganz zu schweigen.

Die Gewerkschafter berechneten, dass eine 4köpfige Arbeiterfamilie für die rationierten Lebensmittel wöchentlich 96,90 Frs. ausgeben muss und für die notwendigsten nicht rationierten 144 Frs. Für Miete, Steuern, Heizung, Licht etc. betragen die Jahresausgaben 5500 Frs., das sind 106 Frs pro Woche. Die Kleidungsergänzung erfordert jährlich 4241 Frs., 81,55 Frs pro Woche. Für Verschiedenes, wie Apothekerrechnung, Zeitungen, Gewerkschaftsbeiträge, Ausflüge der Kinder, Tabak, Bäder usw. wurden 1500 Frs pro Jahr eingesetzt, noch nicht 30 Frs. pro Woche. Aber nicht einmal der hochqualifizierte Facharbeiter, der 9 Frs. Stundenlohn hat, kommt auf den Wochenlohn von 457 Frs., den nach der Berechnung der Gewerkschaften eine Arbeiterfamilie braucht, um durchzukommen.

In den mittleren und vor allem in den niedrigsten Lohngruppen hat die Arbeiterfamilie knapp die Hälfte des zum Leben Nötigen. Ein Arbeiter, der in der Stunde 5,55 Frs. verdient, hat wöchentlich 11,25 Frs. als Sozialversicherungsbeitrag zu zahlen. Ausgezahlt wird ihm pro Woche, falls er wirklich 40 Stunden arbeiten kann, 210,95 Franken! Er erhält eine wöchentliche Kinderzulage von rund 44 Frs, aber auch mit dieser Zulage fehlen ihm 44% der Summe, die er brauchte, um sich und seine Familie notdürftig ernähren und kleiden zu können. Den kleinen Angestellten geht es fast noch schlimmer. Eine Angestellte, die 990 Franken im Monat verdient, hat 82,60 Franken Sozialbeiträge zu zahlen, sie hat, auch wenn sie die Familie erhält, nur die halbe Kinderzulage; am Monatsanfang hat sie noch nicht die Hälfte des zum Leben nötigen Betrages. Dabei betonen die Gewerkschafter, dass das Bild, das ihre Denkschrift zeichnet, noch zu günstig ist. Die Preise, die der Berechnung zugrunde gelegt wurden, "sind sehr oft niedriger als die wirklich verlangten Preise, da ein grosser Teil der Händler unter Ausnützung der Knappheit und trotz der Preisüberwachung Wege findet, ausserordentliche Gewinne herauszuschlagen". Und welcher französische Arbeiter kann heute damit rechnen, dass er im ganzen Jahr jeden Tag Arbeit hat, wie der Glückliche, dessen Einkommen der Berechnung der Gewerkschaften zugrunde lag?

Die Gewerkschaften haben eine Uebersicht über die Lage der wichtigsten Arbeiter- und Angestelltengruppen der Toulouser Metallindustrie zusammengestellt. Am Lohnstag hat ein Arbeiter, nach Abzug der Sozialbeiträge aber einschliesslich der Kinderbeihilfe bei einem Stundenlohn

von Frs.	5,55	in der	Lohntüte	Frs.	254,80;	das sind	45%	weniger als der
"	"	"	"	"	"	"	"	"
"	5,95	"	"	"	269,30;	"	41%	nach Be-
"	6,20	"	"	"	271,20;	"	40%	rechnung
"	6,40	"	"	"	278,40;	"	39%	der Ge-
"	6,75	"	"	"	291,10;	"	36%	werkschaf-
"	7,25	"	"	"	308,75;	"	33,5%	ten zum
"	7,85	"	"	"	330,30;	"	28%	Leben nö-
"	9,--	"	"	"	371,90;	"	19%	tige Min-
								destbetrag

Eine Angestellte, die monatlich, nach Abzug der Sozialbeiträge, einschliesslich Kinderbeihilfe

Frs.	973,--	bezieht,	hat	51% weniger	als der nach Berechnung der
"	1002,40	"	"	49%	Gewerkschaften zum Leben nö-
					tige Mindestbetrag

Ein Angestellter mit

Frs.	1137,60	"	43%	"	"	"	"
"	1299,40	"	35%	"	"	"	"
"	1420,--	"	29%	"	"	"	"
"	1554,--	"	22%	"	"	"	"
"	1675,--	"	17%	"	"	"	"
"	1880,--	"	5%	"	"	"	"

Ein lediger Arbeiter kann mit seinem Lohn gerade auskommen, wenn er sich sehr einschränkt; vielleicht noch ein Verheirateter, der für keine Kinder zu sorgen hat. Bei den scharfen Massnahmen gegen Frauenarbeit, zu denen die Vichy-Regierung sich unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit genötigt sah, kann die Frau kaum etwas zuverdienen. In Arbeiterfamilien mit Kindern herrscht Not!

Die Stimmung der Arbeiter - Die Metallarbeitergewerkschaften baten den Präfekten, dafür zu sorgen, dass den Arbeitern möglichst bald Teuerungszulagen bewilligt würden. "Selbstverständlich müssen sehr rasch grosse Entscheidungen getroffen werden, wenn man will, dass die Arbeiter ihren Familien trotz der Einschränkungen, die die Niederlage aufzwingt und die sie als gute Franzosen hinnehmen, eine bescheidene Existenz sichern können und wenn man vermeiden will, dass die Arbeiter verbittert werden und dass es einer zersetzenden Propaganda leicht gemacht wird, den Arbeitern Hass zu predigen und sie für extreme Lösungen zurückzugewinnen".

Die Metallarbeiterlöhne in Toulouse sind noch relativ hoch. Radio Paris berichtet, dass die Vichy-Regierung selbst zugab, dass es Bezirke in Frankreich gibt, in denen Männer 3 Frs. die Stunde verdienen und Frauen 2 Frs. Selbst im Pariser Bezirk gibt es Arbeiter, die nur 5 Frs. pro Stunde verdienen, bei Achtstundentag und Fünftageweche, sodass sie mit 200 Frs. nach Hause kommen. Die Pariser "Aujourd d'hui" berichtet von einer grossen Fabrik im Departement Var, die den Arbeitern 1 Fr. pro Stunde zahlt. "Cri du Peuple" berichtet von Textilarbeitern im Departement Aube, die auf höchstens 82,50 Frs. pro Woche kommen, Schwerarbeiter kommen auf höchstens 400 Frs. pro Monat; vor dem Krieg hatten sie 800 Frs. pro Monat.

Vichy rührt sich - Am 24. Februar haben die Toulouser Metallarbeitergewerkschaften dem Präfekten von Haute-Garonne die Denkschrift überreicht. Der März verging, der April und der Mai. Ende Mai endlich, als Vichy Hitler zugesagt hatte, dass in Frankreichs Fabriken für die deutsche Kriegsmaschine gearbeitet werden soll, hat Vichy erlaubt, dass den Arbeitern der niedrigsten Lohngruppen eine kleine Teuerungszulage bewilligt werden soll. Offensichtlich hoffte Vichy, die Arbeiter damit für die Arbeit für Hitlers Kriegsmaschine geneigter zu machen.

Monatlich 800 Frs. fehlen nach der Berechnung der Toulouser Gewerkschaften grossen Arbeitergruppen der noch relativ gutgestellten Metallarbeiterschaft. Weit mehr fehlen den schlechter gestellten Gruppen. Aber Vichy erlaubt (seit dem 1. Juni) nur, je nach den Ortsklassen, 125 bis höchstens 200 Frs. monatlich als Teuerungszulage. Vichy macht mit dieser Konzession eine wilde Propaganda.-Die grosse Masse der französischen Arbeiter und Angestellten hat auch nach dieser unzureichenden Zulage nicht genug zum Leben.

(Für die Red.: Radio Paris, 28.V., "Aujourd d'hui" und "Cri du Peuple", 31.V.41.)

Das tägliche Brot

(ITF) Die wichtigsten landwirtschaftlichen Ueberschussgebiete Frankreichs sind von deutschen Truppen besetzt, die zunächst für sich sorgen. 2 Millionen französische Kriegsgefangene sind in Deutschland, in Frankreich liegen Felder brach. Wenn aus den nordafrikanischen Kolonien Lebensmittel nach Marseille kommen, gehen Züge nach Norden, an deren Waggonen Leitzettel mit den Namen deutscher Städte kleben. Franzosen hungern. Nicht nur in den Grosstädten, auch in den Kleinstädten geht der Hunger um. Der Brief eines Arbeiters aus einer Kleinstadt der nordfranzösischen Provinz gibt ein Bild vom Leben Zehntausender Arbeiter:

"Das Leben wird immer schwerer. Einkaufen ist eine regelrechte Plage geworden. Man spricht nur vom Essen oder vielmehr davon, wie man etwas Essbares auftreiben kann. Das ist nicht verwunderlich, denn man weiss nicht mehr, wie man sich sattessen soll. Die Brotration für uns 3 ist nur 800 gr pro Tag, Kartoffeln gibt es überhaupt nicht, Teigwaren erhalten wir für uns 3 nur 3 Pfund im Monat. Und dazu gibt es etwas Dörrgemüse. Damit kann man nicht auskommen. Bisher hat jeder es so gut er konnte fertiggebracht, etwas neben den Rationen zu haben. Wir hatten einen kleinen Vorrat Teigwaren und Kartoffeln, mit dem wir durch den Winter kamen. Der Frühling hat uns statt einer Erleichterung eine bedeutende Verschlechterung der Lebensmittelversorgung gebracht. Bisher funktionierte bei uns die Brot- und Fleischversorgung einigermassen. Jetzt ist damit Schluss. Diese Woche haben wir 3 zusammen ganze 400 gr Fleisch bekommen; man kann kein Gramm mehr bekommen. Glücklicherweise haben wir ein paar Eier erwischt, aber jetzt kündigt man an, dass Eier rationiert werden, man spricht von 3 Eiern pro Person und Monat.

Alles wird teurer. Die knappen nichtrationierten Waren sind für uns einen unerschwinglich. Heute kostet 1 Kilo Karotten - wenn man sie überhaupt bekommt - 6 Franken, 1 Kilo kleine Erbsen 12 Franken, Saubohnen 10 Franken, Datteln 26 Franken, Traubenzucker 20 Franken, 1 Dutzend Eier 20 bis 22 Franken usw. Ein Arbeiter wie ich, der 5 Franken pro Stunde verdient, kann sich natürlich nicht erlauben, zu knapp rationierte Lebensmittel durch diese Dinge zu ersetzen. Man ist gezwungen, Bataten zu essen, Steckrüben und dicke Runkelrüben. Vor dem Krieg hat man das dem Vieh gegeben. Das wäre noch nicht schlimm, aber man kann nicht viel davon essen. Aber um diesen Schweinefrass zuzubereiten, muss man Fett haben und gerade Fett ist heute in Frankreich knapp.

Wir haben schon daran gedacht, ein Stück Land zu bearbeiten, um etwas für den kommenden Winter zu haben, der eine Katastrophe werden wird. Aber es gibt nicht genug Saat. Das Gartenstück, das man uns zur Verfügung stellen wollte, eignet sich nur für Kartoffeln. 16 kg Saatkartoffeln wären nötig, aber ich habe nur 1 kg bekommen. Das gibt Euch eine Idee von den Aussichten der kommenden Ernte. Es sieht mit anderm Saatgut genau so aus.

Ihr seht, da ich in meinem Brief fast den ganzen Platz für Derartiges brauchte, dass uns die Sorge um das tägliche Brot völlig beherrscht. Alles richtet sich nach dem Magen. Wenn es mit dem Magen nicht klappt, klappt nichts."

(Für die Red.: Der Brief ist Ende April in Südfrankreich geschrieben worden.)

Pariser Luxustoiletten ohne Kleiderkarten

(ITF) Als in Frankreich Bezugsscheinzwang für Kleidung eingeführt wurde, hat die Vichy-Regierung sorglich 33 der grössten Pariser Modehäuser vom Bezugsscheinzwang befreit. In Paris wird das viel besprochen. "Natürlich, die grossen Damen, die ein paar Tausend Franken für eine Toilette ausgeben könne, kaufen unbehelligt weiter ein. Aber wir müssen unsere alten Lumpen weitertragen..."

Illegale Flugschriften in Frankreich

(ITF) Um das Drucken illegaler Flugschriften zu erschweren, hat die Vichy-Regierung eine scharfe Kontrolle der Druckpressen angeordnet. Alle Druckpressen müssen bei der Polizei registriert werden. Neue Pressen und Druckereimaterial darf nur noch mit polizeilicher Genehmigung verkauft werden.

Der europäische Sklavenmarkt

(ITF) Zwischen dem 17. und dem 29. Mai sind aus Belgien täglich 1000 Arbeiter nach Deutschland transportiert worden. Ende Mai arbeiteten 168.000 Arbeiter in Deutschland.

Die bulgarische Regierung wurde veranlasst, weitere 4000 Arbeiter nach Deutschland zu schicken. Bisher arbeiteten 3500 Bulgaren in Deutschland, 3300 an Baustellen. Aus Italien wurden bisher 400.000 Arbeiter nach Deutschland gebracht. 250 dänische Arbeiter sind nach Norwegen transportiert worden, Tausende Holländer nach Nordfrankreich.

Die Nazi-Propaganda unter den nach Deutschland transportierten ausländischen Arbeitern wird weiter ausgebaut. Für die 400.000 italienischen Arbeiter in Deutschland wird seit Ende Mai die Zeitschrift "Il Camerado" herausgegeben. Besondere Rundfunksendungen wenden sich regelmässig an italienische und holländische Arbeiter. Für holländische Arbeiter erscheint jetzt jetzt das Wochenblatt "Van Honk" (Aus der Heimat).

Für dänische Arbeiter erscheint die Zeitschrift "Broen" (Brücke). Sie berichtete (am 25. Mai), dass im Lager Hasselfelde bei Kiel 250 dänische Arbeiter für die deutsche Kriegsmaschine arbeiten. Doch von den dänischen Arbeitern, die im Mai 1940 in das Lager kamen, sind nur noch 3 dort.

Die andern haben es nicht ausgehalten.

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus" vom 26. Mai 1941.)

Nach berühmtem Muster

(ITF) Die kroatische Marionettenregierung des Herrn Pavelić teilt mit, dass sie alle Gewerkschaften auflösen und eine staatliche Zwangsorganisation für Arbeiter errichten will.

Bei den letzten Betriebsratswahlen im kroatischen Gebiet Jugoslawiens führten die freien Gewerkschaften in den bedeutendsten Betrieben, die zweitstärkste Organisation war die der kroatischen Bauernpartei Maček's nahestehende Gewerkschaft, die gelbe Gewerkschaft Cvetković' (Jugoras) hatte nur relativ wenige Anhänger.

Dänemark beschränkt die Freizügigkeit landwirtschaftlicher Arbeiter

(ITF) Die deutsche Besetzung hat Dänemark von den überseeischen Lebensmittel- und Futterzufuhren abgeschnitten, auf die das Land angewiesen ist. Die Regierung versucht, durch Intensivierung der Landwirtschaft einen grösseren Teil des Lebensmittelbedarfs in eigenem Land erzeugen zu lassen. Torf soll den Kohlenmangel mildern. Da beim Torfstechen mehr verdient wird als beim Bauern, versuchen Landarbeiter, beim Torfstechen Arbeit zu finden.

Im Mai fehlte es in Dänemark an Landarbeitern. Da Deutschland trotzdem keine dänischen Arbeiter freigibt, ordnete die dänische Regierung an, dass in agrarischen Bezirken ledige Arbeiter unter 25 Jahren nur noch mit besonderer Erlaubnis des Arbeitsamts in nicht landwirtschaftlichen Berufen arbeiten dürfen. Die Arbeitsämter haben das Recht erhalten, Industrie- und Transportarbeiter zu veranlassen, landwirtschaftliche Arbeit anzunehmen. Diesen Arbeitern wird ihr Arbeitsplatz freigehalten. Sie können auf ihn zurückkehren, sobald sie am landwirtschaftlichen Arbeitsplatz entbehrlich sind.

Zwangsarbeit in Norwegen

(ITF) Der Nazi, der das Osloer Arbeitsministerium leitet, hat die Arbeitsämter beauftragt, Arbeiter für Land- und Forstarbeit zwangsweise zu rekrutieren. Er hat sich das Recht vorbehalten, Unternehmungen ganz oder teilweise zu schliessen und die Arbeiter aufs Land zu schicken. Auf diese Art wird ganz nebenher die deutsche Industrie lästige Konkurrenten los...

(Für die Red.: Radio Ieloev, 3.VI.41.)

Dividenden in Italien

(ITF) Die italienische Regierung hatte Ende Dezember angeordnet, dass alle Aktiengesellschaften, die mehr als 7% Dividenden ausschütteten, den Dividendenbetrag um 1/8 zu kürzen hätten. Die Interessenten protestierten und setzten durch, dass Aktiengesellschaften, die in den letzten 3 Jahren mehr als 7% Dividende bezahlt hatten, den vollen Dividendensatz ausschütten dürfen, wenn die neue Dividende dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre entspricht. Der Konzern Pirellis, des Präsidenten des italienischen Industriellenverbandes, zahlt 15 $\frac{3}{4}$ % Dividende.

Die Aktienkurse stiegen entsprechend.

(Für die Red.: Italienische Presse, 28.III.41.)

"Das böse Beispiel"

(ITF) Da keine Gewerkschaft die Interessen der deutschen Arbeiter vertritt, müssen Arbeiter zur Selbsthilfe greifen. Tausende Arbeiter wehren sich denn auch gegen den Zwang zur Ueberstundenschufterei für Hitlers Kriegsmaschine durch Bummeln. Sie gehen eines schönen Tages nicht zur Arbeit und schlafen sich aus.

Der "Völkische Beobachter", das Zentralorgan der Nazipartei verlangt, dass die Bummelanten eingesperrt werden sollen und zwar möglichst sofort, denn "böswillige Arbeitsverweigerung... kann ein böses Beispiel geben", schreibt das Blatt besorgt.

Das "böse Beispiel" hat längst selbst unter den Arbeitern der Musterbetriebe gewirkt. Als 1934 die Nazis den Unternehmern das Recht gaben, den Arbeitern ihres Betriebes Geldstrafen aufzuerlegen, hat die Direktion der Stuttgarter Boschwerke es abgelehnt, diese betrieblichen Geldstrafen einzuführen. Das sei der Tradition der Boschwerke unwürdig, erklärte sie damals. Aber jetzt richtet die gleiche Direktion in ihrer Werkszeitung "Bosch-Zünder" "ernste Worte" an die Arbeiter, die sich von Arbeit und Pflicht drücken und sie teilt mit, dass sie künftig Bummeln mit Lohnabzügen bestrafen will.

(Für die Red.: "Völkischer Beobachter", 25.V., "Bosch-Zünder", April.)

Lohnbewegung im Hamburger Luftschutz

(ITF) In Deutschland darf Arbeitern, die im Betrieb zum Luftschutzdienst herangezogen werden, für jeden Dienstag nur 1,50 RM bezahlt werden. Nur bei "starker Abnutzung der eigenen Kleidung" wird eine Abnutzungsentschädigung von 0,50 RM täglich bewilligt.

In Hamburg, einer der am meisten Luftangriffen ausgesetzten deutschen Städte, haben zum Luftschutz eingezogene Arbeiter eine höhere Entschädigung gefordert und durchgesetzt. Der "Treuhandler der Arbeit" fürchtet, dass die Arbeiter, durch diesen Erfolg ermutigt, energischer versuchen werden, Lohnforderungen durchzusetzen. Er hat deshalb unmittelbar nach einem schweren Nachtbombardement mitgeteilt, "dass eine Ueberschreitung der.. gesetzlich festgesetzten Luftschutzvergütungssätze auf Grund der Lohnstopbestimmungen verboten ist. Soweit zurzeit höhere Beträge gezahlt werden, sind diese mit sofortiger Wirkung auf den gesetzlichen Stand zurückzuführen. Bei Zuwiderhandlungen werde ich gegen die in Frage kommenden Betriebe einschreiten". (Für die Red.: Anordnung vom 12.V.41.)

Was Nazis aus den Krankenkassen machten

(ITF) "Das Schwarze Korps", die Wochenschrift der Gestapoleitung, berichtet: "Es mehren sich die Fälle, in denen gesetzlich Zwangsversicherte zum Arzt kommen mit folgender Eröffnungsansprache: 'Herr Doktor, ich bin zwar in der Krankenkasse, aber ich bitte als Privatpatient behandelt zu werden'!

Warum das? Weil der Patient fürchtet, dass der Arzt als Kassenarzt allzusehr an einengende Bestimmungen der Kasse gebunden ist und ihn nicht so behandeln kann, wie er es nach eigenem freien Ermessen tun würde. Darin offenbart sich eine böse Vertrauenskrise des Kassenwesens".

(Für die Red.: "Das Schwarze Korps", 29.V.41.)

Winterhilfe für die Nazibonzen

(ITF) In Argentinien pflegen die Nazis unter den Arbeitern und Angestellten, die mit ihnen sympathisieren - oder die so tun müssen - für die deutsche "Winterhilfe" zu sammeln; manchen ziehen sie den "freiwilligen" Beitrag

gleich vom Lohn ab. Unter freiwilligen und unfreiwilligen Mitglieder der deutschen Kolonie in Buenos Aires hat es daher einige Erregung verursacht, als bekannt wurde, wie mindestens ein Teil des gesammelten Geldes verwandt wurde: alle Angestellten der Deutschen Arbeitsfront und der Nazi-Partei in Argentinien erhielten zu Weihnachten "als Anerkennung für geleistete Dienste" eine Gratifikation von 3 Monatsgehältern. Das bedeutete beinahe für alle das nette Sümmchen von 1000 argentinischen Pesos. Man fragt in Buenos Aires, ob die "Winterhilfe" keine Bedürftigeren fand, als ausgerechnet die Sekretäre der Nazi-Partei und der Arbeitsfront (berichten die "Informaciones de la Otra Alemania" am 20.III.41.)

Wie Reichsdeutsche in Polen leben

(ITF) Die "Münchner Neueste Nachrichten" schildern anschaulich, "wie Reichsdeutsche im Osten leben": "Die Reichsdeutschen sind die führende Schicht des Landes... Die Reichsdeutschen haben ihre eigenen Gaststätten, Vergnügungsorte und Lebensmittelgeschäfte. Nur in kleineren Orten, wo es an genügend Kaffeehäusern fehlt, sitzen sie (mit Polen) zusammen, aber auch dann sind bestimmte Plätze des Lokals den Reichsdeutschen vorbehalten".

"Marken werden in den deutschen Gaststätten nicht abgegeben, während in den reichsdeutschen Lebensmittelgeschäften jeder Deutsche seine Lebensmittelkarte hat, für Textilien Bezugsscheine braucht usw. Im Ganzen lebt der Deutsche in einem guten Sinn grosszügig - und er ist dazu in den Stand gesetzt".

Wörtlich so!

(Für die Red.: "Münchner Neueste Nachrichten", 13.V.41.)

Mit 80 Jahren am Webstuhl

(ITF) Bei der letzten deutschen Volkszählung wurde festgestellt, dass im Nazi-Reich 857.000 Männer und 500.000 Frauen, die älter als 65 Jahre waren, arbeiten mussten. Das war 1939. Heute müssen in Deutschland weit mehr Alte arbeiten.

Die Uniformtuchwebereien in Aachen haben einen erheblichen Teil der Weber an das Militär abgeben müssen. Als Ersatz wurden Holländer und Belgier eingestellt und 75- und 80jährige Deutsche (berichtet die "Kölnische Zeitung").

Bei einer Seeamtsverhandlung in Hamburg stellte sich heraus, dass auf deutschen Schiffen heute 70jährige fahren müssen.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 18.V.; "Hamburger Fremdenblatt" 19.V)

Die Brotunruhen in Bukarest

waren ernster als die ersten Meldungen erkennen liessen. Bukarester Zeitungen berichten, dass sich am Sonnabend und Sonntag vor dem ersten brotlosen Montag hunderte Männer und Frauen vor den Bäckerläden drängten; viele Läden wurden gestürmt. In den Vorstädten kam es zu Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Regierung hielt es jedoch für geraten, nachzugeben und den Bäckereien zu erlauben, schon am ersten "brotlosen Tag" Brot zu verkaufen.

Die rumänische Regierung hat seit diesen Brotunruhen jede Woche einige Male versichert, dass es nicht wahr sei, dass deutsche Truppen rumänisches Mehl verbrauchen... - (ITF)

(Für die Red.: Die Berichte, die uns aus Berlin erreicht hatten, versuchen den Eindruck zu erwecken, dass wenigstens die beiden ersten brotlosen Tage durchgeführt wurden. Vgl. "Faschismus" 26.V.41.)

"Legionär-Sozialismus"

(ITF) Der von deutschen Bajonetten gestützte Diktator Rumäniens hat sich einen neuen Wirtschaftsminister ausgesucht, der den rumänischen "Legionär-Sozialismus" noch besser verwirklichen soll als General Phoceanu, der bisherige Leiter des Ministeriums. Der neue Wirtschaftsminister Ion Marinescu ist der Vizepräsident des Verbandes der rumänischen Industriellen.

Frauengefängnis in Spanien

(ITF) Eine Frau, die jetzt Spanien verliess, berichtet, dass in dem katalanischen Gefängnis, in dem sie einige Monate sass, nicht eine einzige Kriminelle war. Alle Insassen waren wegen unerlaubter Ueberschreitung der Grenze verhaftet worden oder wegen 'gehässiger Aeusserungen', nur einige wegen politischer Betätigung. Es waren junge Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, Bäuerinnen, ein paar Intellektuelle und viel Analphabeten. Nur wenige waren politisch organisiert gewesen, aber sie alle bezeichneten sich als "die Roten". In der Stadt, in der das Gefängnis lag, waren 5% der Einwohner im Gefängnis.

(Für die Red.: "Labour Discussion Notes", London, Juni 1941.)